



www.laender-analysen.de/ukraine

E-GOVERNMENT

- | | |
|--|---|
| ■ ANALYSE | |
| Ein »Staat im Smartphone«? E-Governance und digitaler Wandel im öffentlichen Sektor der Ukraine – Chance oder Wunschtraum? | 2 |
| Von Frank Paul, | |
| Unterstützungsgruppe für die Ukraine, Europäische Kommission, Brüssel | |
| ■ GRAFIK ZUM TEXT | |
| E-Services in der Ukraine | 6 |
| <hr/> | |
| ■ UMFRAGE | |
| Sonntagsanfrage zu den Parlamentswahlen | 7 |
| <hr/> | |
| ■ CHRONIK | |
| 28. Mai – 10. Juni 2019 | 8 |

Ein »Staat im Smartphone«? E-Governance und digitaler Wandel im öffentlichen Sektor der Ukraine – Chance oder Wunschtraum?

Von Frank Paul, Unterstützungsgruppe für die Ukraine, Europäische Kommission, Brüssel*

Zusammenfassung:

Präsident Wolodymyr Selenskyj sieht sein Land bald als »Staat im Smartphone«, das im Bereich der E-Governance nicht nur in Osteuropa eine Vorreiterrolle übernimmt. Die Interaktion mit dem Bürger soll dabei im Vordergrund stehen. Damit Selenskyjs Vision Wirklichkeit werden kann, wird trotz einer durchaus eindrucksvollen Bilanz bisheriger Maßnahmen im öffentlichen Sektor noch viel aufzuholen sein und müssen erhebliche systemimmanente und partikularinteressengesteuerte Widerstände überwunden werden. Bei politischem Gleichklang mit der in Kürze zu wählenden Regierung und der weiteren Verwurzelung seiner Vision in der dynamischen IT-Szene des Landes bestehen aber gute Chance, dass Präsident Selenskyj seine Vorstellungen verwirklichen kann. Die EU bietet wie bei allen Reformbestrebungen dabei im Rahmen des Assoziierungsabkommens ihre tatkräftige Hilfe an.

Wer den überraschenden Auftritt und die Rede des neuen ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj auf dem iForum 2019, der Zusammenkunft der ukrainischen IT-Elite Ende Mai, verfolgt hat, wähnt sich an der Schwelle zu einer neuen Ära. Die ganze Ukraine im Smartphone, so in etwa lautet die Vision, die Selenskyj schon in seinem Wahlprogramm vorstellte. Selenskyj, dessen Vater Professor für Computerwissenschaften war, ist eindeutig technikaffin. Seine effektive und clever durchgeführte Wahlkampagne stützte sich weitgehend auf soziale Medien und verwandelte geschickt vage »Follower« in aktive Unterstützer. Selenskyjs Konkurrenz im Wahlkampf sah dagegen auch im übertragenen Sinne alt aus. In Selenskyjs Vorstellung wird die Verwendung moderner Techniken alle Bereiche des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat durchdringen. Mit Verweis auf den aktuellen Bericht der Vereinten Nationen zum (weltweiten) E-Government bedauert er, dass die Ukraine im Vergleich mit den baltischen Staaten, Georgien, Kasachstan und Russland abfällt. Langfristig ist seine Ambition, die Ukraine im Bereich E-Governance zur weltweiten Nr. 1 zu machen (der Begriff E-Governance ist weiter gefasst als E-Government, wird aber in der Praxis oft synonym verwendet). Hindernisse auf diesem Weg sieht er dabei nicht bei den Bürgern, sondern im »System«. Auf vier Ebenen soll der Bürger zukünftig elektronisch agieren können:

1. Informative Ebene: Information über staatliche Strukturen und ihre Tätigkeiten
2. Kommunikative Ebene: Kommunikation mit allen staatlichen Strukturen
3. Transaktionelle Ebene: Transaktionen mit dem Staat
4. Partizipative Ebene: Einbindung in die staatliche Entscheidungsfindung

Selenskyj stellt sich dabei sogar eine Zukunft vor, in der jeder Bürger jederzeit Gesetzesentwürfe einsehen und Änderungsvorschläge per Handy einbringen kann.

Die aktive Vereinnahmung sozialer Medien und die positive Haltung zu moderner Technologie haben sicherlich viel dazu beigetragen, dass Selenskyj als Präsidentschaftskandidat bei jungen Leuten glaubhaft »rüberkam«. Aber wie realistisch sind seine Vorstellungen in der harten Wirklichkeit?

Großer Nachholbedarf vor allem im öffentlichen Sektor

Wer die Ukraine kurz nach der Revolution der Würde besuchte, erinnert sich an ein Land ohne 3G-Mobilfunknetz, in dem Kreditkarten nur ungerne und selten akzeptiert wurden, E-Commerce so gut wie nicht existierte und kontaktlose Kartenzahlung oder Bezahlung per Smartphone praktisch unbekannt waren. Elektronischer Austausch mit und unter Behörden fand ebenfalls nicht statt – viele Beamte hatten keine funktionierende E-Mail-Adresse und behelfen sich im amtlichen Verkehr mit privaten E-Mail-Adressen über russische (!) oder amerikanische Anbieter. Datensicherheit war ein Fremdwort.

Heute staunt auch der oberflächliche Betrachter, welcher Fortschritt in nur fünf Jahren erzielt wurde: ein auch in der Provinz stabiles 4G-Mobilfunknetz und selbst in Fernzügen der staatlichen Eisenbahnen ein leistungsfähiges W-LAN, kontaktloses Bezahlen per Karte oder Smartphone auch an Straßenkiosken oder für den Direktzugang zur U-Bahn, funktionierende E-Mail-Adressen in allen Ämtern und mehr und mehr private oder staatliche Dienstleistungen, die online angeboten werden. In den Großstädten benutzt kaum jemand mehr

* Dieser Artikel spiegelt ausschließlich die persönliche Meinung des Verfassers wider, nicht die seines Arbeitgebers.

ein klassisches Taxi – in Kiew konkurrieren gleich drei Fahrdienste, die hauptsächlich per Smartphone funktionieren, konkurrenzlos billig und schnell sind und ausdifferenziert jeden Transportbedarf abdecken.

Heißt das, dass die Ukraine plötzlich Speerspitze des digitalen Fortschritts geworden ist? Haben es die IT- und Telekommunikationsbranche, die neben dem Agrarsektor nach Ansicht vieler Beobachter zu den vielversprechendsten Wirtschaftszweigen der Ukraine zählen, quasi nebenbei und mit wenig staatlichem Zutun geschafft, das Land in einen digitalen Hoffnungsträger Europas zu verwandeln?

Die Antwort ist wie so oft in der Ukraine nicht eindeutig: der IT-Sektor boomt zwar, die Toptalente gehen aber ins besser zahlende Ausland. Viele (meist ausländisch finanzierte) ukrainische Start-up-Gründer lassen zwar in der Ukraine entwickeln, suchen ihr Marktpotenzial aber zunächst auf stärkeren Märkten. IT-Spezialisten arbeiten oft scheinselfständig als verlängerte Softwareentwicklungsabteilung gut zahlender, ausländischer Auftraggeber. Auch Service- und Callcenter werden zusehends aus anderen Niedriglohnländern in die (noch) billigere Ukraine verlagert und bieten ein eher geringes Wertschöpfungspotenzial. Der sichtbare digitale Wandel ist eher einem Übertragungseffekt privater Initiativen als einem planmäßigen Ansatz zu verdanken. Der öffentliche Sektor ist in der Ukraine (und nicht nur dort) noch meilenweit entfernt von Verhältnissen wie in Estland, wo außer zur Passbeantragung und Heirat/Scheidung ein persönliches Erscheinen »auf dem Amt« nicht mehr erforderlich ist und wo in Kürze ein Immobilienkauf (einschließlich Grundbucheintrag, notarieller Beurkundung etc.) bequem aus dem Lehnstuhl innerhalb eines Werktages über die Bühne gehen kann. Es fehlt noch an vielen Grundvoraussetzungen, die in der Ukraine einen derartig umfassenden digitalen Wandel nachhaltig ermöglichen könnten.

Ein Blick hinter die Kulissen lässt für den privaten Sektor Hoffnung keimen, bietet aber im öffentlichen Bereich trotz vieler Fortschritte vielfach ein eher deprimierendes Bild. Zum einen wurde dort die Modernisierung der Infrastruktur jahrelang sträflich vernachlässigt, sei es aus Geld- oder Personalmangel oder aus anderen, mit geschäftlichen Partikularinteressen zusammenhängenden Gründen. In vielen Ministerien und Behörden sind die Grundvoraussetzungen für nachhaltiges digitales Arbeiten nicht gegeben. Veraltete Hardware, nicht (mehr) lizenzierte oder vom Hersteller nicht mehr unterstützte Software sowie mangelhafte Vorkehrungen für den Notfallbetrieb sind häufig anzutreffende Probleme, die es verhindern, neue Dienste einzurichten oder digitale Verbesserungen überhaupt einzuführen.

Eine zweifelhafte Rolle spielen auch staatliche Unternehmen, die zwar rechtlich unabhängig sind, aber symbiotisch den Ministerien und Behörden angegliedert sind. Diese Unternehmen sollen sich um die Definition und Beschaffung der IT-Lösungen kümmern und haben in der Regel ein engmaschiges Netz an persönlichen Beziehungen in die Ministerien geknüpft, die das Risiko von Vorteilsnahme, illegalen Rückvergütungen (»kick-backs«) und anderen Spielarten der Korruption potenzieren. Präsident Selenskyjs Annahme, dass die Hindernisse weniger bei den Bürgern, sondern eher im System liegen, dürfte sich also als richtig erweisen. Zum anderen hat sich, ähnlich wie in Deutschland, auch in ukrainischen Behörden erst spät die Erkenntnis durchgesetzt, dass »ohne IT nichts geht« und die IT-Abteilung nicht nur aus merkwürdigen und nachgeordneten Nerds besteht, die den Drucker einrichten, aber ansonsten bitte alles beim Alten lassen sollen, sondern richtig geleitet Produktivität und Bürgerfreundlichkeit potenzieren können. Mit anderen Worten: IT ist Chefsache geworden, aber es hat gedauert. Der Nachholbedarf ist deshalb riesig.

Rechtlicher Rahmen vs. praktische Umsetzung

Der rechtliche Rahmen für E-Governance in der Ukraine ist weitgehend in Kraft – schon seit Anfang der 2000er Jahre gibt es Gesetze zu Datenschutz und elektronischem Dokumentenmanagement. Aber erst seit der Revolution der Würde findet eine auch durch die Zivilgesellschaft beschleunigte Entwicklung statt, die zum Gesetz über Cybersicherheit und der Annahme zweier rechtlich verbindlicher »Konzepte« zu E-Governance und der Digitalen Wirtschaft führten. Im Großen und Ganzen entsprechen diese rechtlichen Grundlagen dem, was sich in ähnlichen Ländern etabliert hat. Eine Ausnahme bilden die sogenannten Basisdatenbanken (in der Ukraine oft etwas irreführend »staatliche Register« genannt), auf die noch zurückzukommen sein wird.

Es hapert aber nicht bei den rechtlichen Rahmenbedingungen, sondern bei der Umsetzung des Digitalen Wandels. Nach der letzten Weltbank-Untersuchung von Juni 2018 »fanden Bemühungen, E-Gov-Maßnahmen umzusetzen, nicht in der richtigen Abfolge statt und wurden auch nicht koordiniert«. Dies erstaunt zunächst deshalb, weil es nach der Revolution der Würde viele Ideen und Initiativen der Zivilgesellschaft und einzelner Aktivisten gab, wie die Ukraine sich moderne IT zunutze machen könnte, um Reformen voranzutreiben. Manche dieser Ideen konnten zum Teil über Hackathons (einer Wortschöpfung aus dem englischen Wort »hack« und »Marathon«, die eine kollaborative Softwareentwicklungsveranstaltung meint) kanalisiert und ver-

wirklicht werden. Das bekannteste Beispiel ist sicherlich die Prozorro-Plattform für elektronische Ausschreibungen, die dem ukrainischen Haushalt enorme, ansonsten in dunklen Kanälen versickernde Summen gespart hat (nach Angaben von Aktivisten ca. 2,4 Millionen Euro pro Tag). Auch die Ideen zu »Open Data« wurden kraftvoll vorangetrieben. Gleichwohl verpuffte mangels Koordinierung auf Seiten der staatlichen Stellen viel Energie. Innovative Ideen wie z. B. die eines einheitlichen, offenen Regierungsportals, in die Freiwillige viel Zeit und Energie gesteckt haben, zerfaserten zunächst wegen unterschiedlicher Auffassungen über Zuständigkeiten und kostenfreien Zugang.

Lange gab es überhaupt keine ressortübergreifende Koordinierungs- und Implementierungszuständigkeit. Es ist der persönlichen Initiative des Ministerpräsidenten Wolodymyr Hrojsman zu verdanken, dass es seit Ende 2014 ein Amt für E-Governance gibt, das ressortübergreifend E-Governance-Maßnahmen koordiniert. Nach einigen Startproblemen (Budget, Besetzung der Führungsposten etc.) hat sich das Amt erfolgreich etabliert. Mit tatkräftiger Hilfe von EU- und US-Experten wurden zunächst die grundsätzlichen Probleme identifiziert, die der großflächigen Einführung von E-Governance im Wege stehen. Das Ergebnis bilden fünf große Zielsetzungen als Grundlagen für erfolgreiche E-Governance-Maßnahmen: 1) der gesetzliche Rahmen, 2) Interoperabilität, 3) elektronische Bürgerdienste und Basisdatenbanken, 4) Open Data und Transparenz, sowie 5) Kapazität und (Verbreitung) digitaler Grundfertigkeiten (»Digital Literacy«) sowie Kommunikation.

Diese Grundlagen sollen nach dem Konzept der Regierung vom September 2017 für die Entwicklung von E-Governance in der Ukraine bis 2020 gelegt worden sein. Unbestritten gibt es in jedem dieser Bereiche erhebliche Fortschritte. Es dürfte aber unrealistisch sein, bis 2020 alle Ziele zu erreichen. Was den rechtlichen Rahmen betrifft, wartet ein Gesetzesentwurf über Basisdatenbanken, der in einigen Bereichen einen Datenaustausch erst ermöglicht, bereits seit längerer Zeit auf seine Annahme. In der Ukraine gibt es knapp 300 Basisdatenbanken, die in unterschiedlichen Behörden und Bereichen Daten bereithalten, miteinander aber oft nicht in Verbindung stehen und deshalb keinen Datenabgleich ermöglichen. Dies ist einer der Gründe dafür, dass es kein stringentes Meldewesen gibt oder die Eigentumsverhältnisse an Grundstücken und Gebäuden nicht vollständig und zweifelsfrei erfasst werden können. Letzteres wiederum hat negative Auswirkungen auf die (völlig unzureichende) Praxis der Überprüfungen der elektronischen Erklärungen (»E-Declarations«), in denen jährlich mehr als eine Million Staatsbedienstete Angaben über ihre Vermögensverhältnisse machen müssen.

Dadurch kann ein wichtiges Werkzeug zur Korruptionsbekämpfung nicht effektiv zum Einsatz kommen. Ein automatisierter Datenaustausch würde es auch erlauben, den »once only«-Grundsatz zu verwirklichen, demzufolge persönliche Daten nur einmal erhoben und nicht bei jeder erneuten Antragstellung mühsam erneut angegeben werden müssen. Viele Beobachter jedoch sind skeptisch, ob es wegen der Vielzahl der Partikularinteressen, die an die Verwendung dieser Basisdatenbanken geknüpft sind, in absehbarer Zeit möglich sein wird, den Gesetzesentwurf durch die Werchowna Rada zu bringen und die Situation der Basisdatenbanken zu verbessern.

Immerhin, und damit kommen wir zur zweiten der fünf großen Zielsetzungen, wurde im Bereich Interoperabilität durch die erfolgreiche Einführung von Trembita ein Zeichen gesetzt. Trembita baut auf einem estnischen Vorbild auf und ist ein standardisiertes Gesamtsystem aus technischen Abläufen und Vorgaben. Es ermöglicht einen automatisierten und manipulationsgeschützten, dezentralen Datenaustausch über das Internet. Am 22. Mai 2019 wurden erstmals Daten zwischen dezentralisierten Datenbanken im Bereich des Gesundheitswesens über Trembita ausgetauscht. Mit finanzieller Unterstützung der EU sollen innerhalb des nächsten Jahres alle Ministerien und Behörden die Möglichkeit erhalten, Trembita in der Praxis anwenden zu können. In einer Querverknüpfung zur parallel laufenden Reform des öffentlichen Dienstes ist die Einführung von Trembita sogar ein Leistungsindikator (»key performance indicator«) für alle Staatssekretäre geworden. Entscheidend dürfte allerdings sein, ob es in allen Bereichen gelingt, die immensen Vorteile, die (das kostengünstige) Trembita bringen kann, durch konkrete Anwendungen umzusetzen – ansonsten wird Trembita ein Hammer ohne Nagel bleiben.

Weiterhin gilt es, die Kapazitätsprobleme zu lösen. Dies betrifft zunächst den Bau von leistungsfähigen Datenzentren, die erhebliche Finanzmittel binden und bei denen im Augenblick noch keine Tendenz zur kostensparenden Zusammenlegung zu erkennen ist. Nach wie vor will jede Institution ein eigenes Datenzentrum haben, auch wenn es immerhin wie im Innenministerium Bestrebungen gibt, wenigstens die Datenzentren der einem Ministerium unterstellten Behörden zusammenzulegen, um Synergieeffekte zu nutzen. Neben der Frage der benötigten finanziellen Mittel ist insbesondere die personelle Ausstattung der IT-Abteilungen ein Problem. Der IT-Sektor boomt und Gehälter im öffentlichen Dienst sind trotz jüngerer Gehaltsanhebungen nicht konkurrenzfähig mit der Privatwirtschaft, in der erfahrene IT-Projektmanager ohne Probleme mindestens 4.000 Euro pro Monat fordern und erhalten können. Von einem CDO (Chief Digital Officer) in jedem

Ministerium kann deshalb im Augenblick nur geträumt werden.

Die Lösung der aufgezählten Probleme im Bereich der IT-Infrastruktur wird wesentlich dafür sein, ob es tatsächlich gelingen wird, den »Staat im Smartphone« zu verwirklichen. Elektronische Bürgerdienste bleiben nämlich ein Potemkinsches Dorf, wenn das sogenannte »back end« nicht funktioniert, sprich die im Hintergrund ablaufenden Verfahrensprozesse. Mit anderen Worten: eine intuitive App mit schicker Benutzeroberfläche oder eine attraktiv gestaltete Website sind schnell entwickelt, nutzen aber beide wenig, wenn die Abläufe im Hintergrund nicht automatisiert sind und verschlankt werden. Mit Unterstützung der EU werden deshalb im Rahmen der Dezentralisierungsreform Dienste bei sogenannten »one-stop«-Schaltern gebündelt, bei denen Dienstleistungen bürgerfreundlich bei nur einer Stelle beantragt werden können. Ein weiteres Beispiel ist das ebenfalls EU-geförderte Projekt »yeMaliatko« (»E-Baby«), bei dem zukünftig alle Amtsgänge, die bei einer Geburt typischerweise anfallen, bereits im Krankenhaus und innerhalb einer halben Stunde erledigt werden können.

Auch hier besteht das Problem vorrangig darin, Hintergrundprozesse zeitnah erledigen zu können. Trotz dieser Probleme hat es das Amt für E-Governance geschafft, die Digitalisierung vieler elektronischer Bürgerdienste zu koordinieren. Die Zahl von 125 Bürgerdiensten, die bereits digitalisiert sind (Ende 2018), kann sich durchaus sehen lassen, zumal sich diese Zahl im Vergleich zu 2017 verdreifacht hat. Die beliebtesten Dienste sind dabei Grundbuchauszüge, Führungszeugnisse sowie die Beantragung von Wohngeld.

Projekte wie E-Baby sind in der Bevölkerung beliebt, weil sie bürgernah sind und den praktischen Nutzen der Reformen sichtbar machen. Gleichwohl stoßen sie dann an ihre Grenzen, wenn die technischen Grundlagen nicht vorhanden sind. Ein Problem ist hierbei insbesondere die elektronische Identifikation: Ohne diese ist es nicht möglich, bestimmte elektronische Bürgerdienste per Internet beantragen zu können oder per elektronischer Signatur zu zeichnen. Das Amt für E-Governance arbeitet seit geraumer Zeit an einer Lösung, stößt aber durch das lückenhafte Meldewesen und den mangelnden Datenabgleich zwischen Behörden und Basisdatenbanken schnell an Grenzen. Im Augenblick erhalten alle Ukrainer bei Geburt und dann, wenn sie sich einen Reisepass ausstellen lassen, eine einheitliche Identifikationsnummer, die funktional etwa der amerikanischen »Social Security Number« entspricht. Diese bislang an ca. 13,5 Millionen Personen ausgegebene Nummer soll jede Bürgerin und jeden Bürger ein Leben lang begleiten und Grundlage für die elektronische Signatur sein. Nach der gegenwärtigen Anzahl der

monatlich ausgestellten Reisedokumente dürfte es allerdings noch Jahre dauern, bis alle Bürgerinnen und Bürger ihre Identifikationsnummer erhalten haben. Es gibt deshalb Bestrebungen, den Vorgang zu beschleunigen und ein zentrales, biometriegestütztes Bevölkerungsregister einzuführen.

Staat im Smartphone – Wunschtraum oder bald schon Wirklichkeit?

Ob Präsident Selenskyjs Vision Realität werden wird, hängt zunächst im Wesentlichen von einem ganz untechnischen Faktor ab: für die Umsetzung vieler Maßnahmen, die dazu erforderlich wären, ist laut Verfassung nicht der Präsident zuständig, sondern die Regierung. Wesentliche Voraussetzung wird also sein, dass eine Regierung ins Amt kommt, die im Bereich der E-Governance identische oder zumindest stark ähnliche Ziele wie der Präsident verfolgt. Ansonsten bliebe Präsident Selenskyj nur die Möglichkeit, seine Vision öffentlichkeitswirksam zu kommunizieren, um so den Druck auf die Regierung zu erhöhen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Zudem wird es ganz wesentlich sein, ob Präsident Selenskyj auch bereit ist, »dicke Bretter zu bohren« und im grundlegenden Bereich der Basisdatenbanken und des Datenabgleichs partikularinteressengesteuerte Widerstände – auch und gerade im Parlament – aus dem Weg zu räumen. Auch dies dürfte nur dann möglich sein, wenn die Vision des Präsidenten auch hinreichend in der breiteren Öffentlichkeit verankert sein und durch die Regierung unterstützt werden wird. Der Weg in die Öffentlichkeit, und das weiß Präsident Selenskyj spätestens seit seiner erfolgreichen Wahlkampagne in den sozialen Medien, führt dabei auch über unkonventionelle Kommunikation und partizipative Modelle neuer Prägung. Jedenfalls dürfte auszuschließen sein, dass sich der Präsident in diesem Politikbereich von jugendlichen Aktivisten treiben lassen wird – im Gegenteil, er sieht und stellt sich selbst an die Spitze der Bewegung. Mit dem Ende Mai online gestellten Projekt »LIFT« des Präsidenten, bei dem jeder Ukrainer per Internet seine innovativen Projekte und Vorschläge für Dienstleistungen, »die das Leben der Bürger verbessern«, einbringen kann, wurde dies erneut unter Beweis gestellt.

Wenn zudem eine wie angekündigt zügige und großflächige Einführung des schnellen Mobilfunkstandards 5G ermöglicht wird, sind die Voraussetzungen gegeben, dass die Ukraine auf der guten Grundlage, die in den letzten Jahren bereits geschaffen wurde, tatsächlich eine Vorreiterstellung einnehmen kann. Entscheidend sind dabei neben den technischen Voraussetzungen ein nachhaltiger politischer Führungswille, eine breite Verankerung in der innovativen und dynamischen IT-Szene des

Landes, eine intensiver als bisher geführte gesellschaftliche Diskussion über Datenschutz und eine Infrastruktur, bei der vielfach nicht auf vorhandene Strukturen Rücksicht genommen werden muss, weil diese gar nicht vorhanden sind – eine der Grundvoraussetzungen für einen großen technologischen Sprung (»technology frog-leap«).

Einer der positiven – und im ukrainischen Kontext vielleicht sogar wesentlichen – Nebeneffekte wäre die erhöhte Transparenz staatlicher Dienstleistungen und damit einhergehend eine verringerte Korruptionsgefahr, was sich neben spürbaren Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger des Landes auch in einem verbes-

serten Investitionsklima niederschlagen könnte. Allein schon aus diesem Grund verdienen die Bemühungen des Präsidenten und des Landes, eine führende Rolle im Bereich der E-Governance einnehmen zu wollen, die volle Unterstützung durch die internationalen Partner der Ukraine. Das Assoziierungsabkommen mit der EU bildet dabei den Rahmen für die weitere Unterstützung, die die EU in den nächsten Jahren in diesem Bereich zukommen lassen wird, um der Ukraine zu helfen, seine ehrgeizigen Reformpläne auch im Bereich des digitalen Wandels verwirklichen zu können.

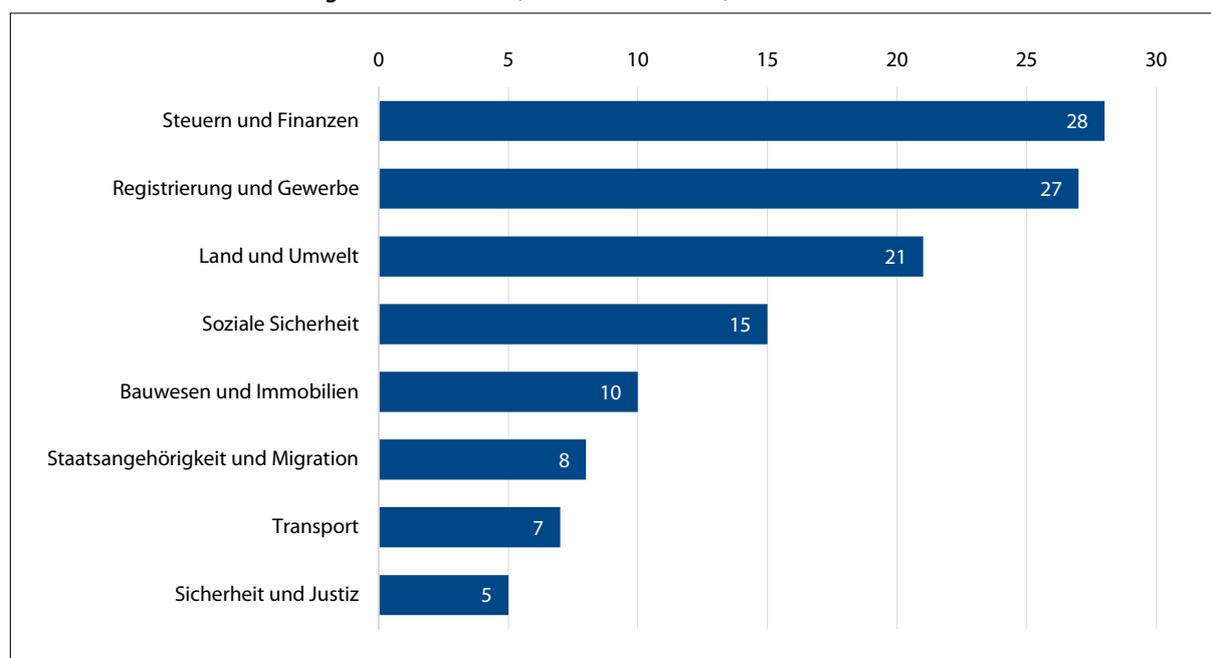
Über den Autor:

Dr. Frank Paul arbeitet in der Unterstützungsgruppe für die Ukraine bei der Europäischen Kommission in Brüssel als Leiter des Bereichs Justiz und Inneres und befasst sich dort unter anderem mit Fragen der Verwaltungsreform in der Ukraine.

GRAFIK ZUM TEXT

E-Services in der Ukraine

Grafik 1: Anzahl der verfügbaren E-Services (Stand Februar 2019)



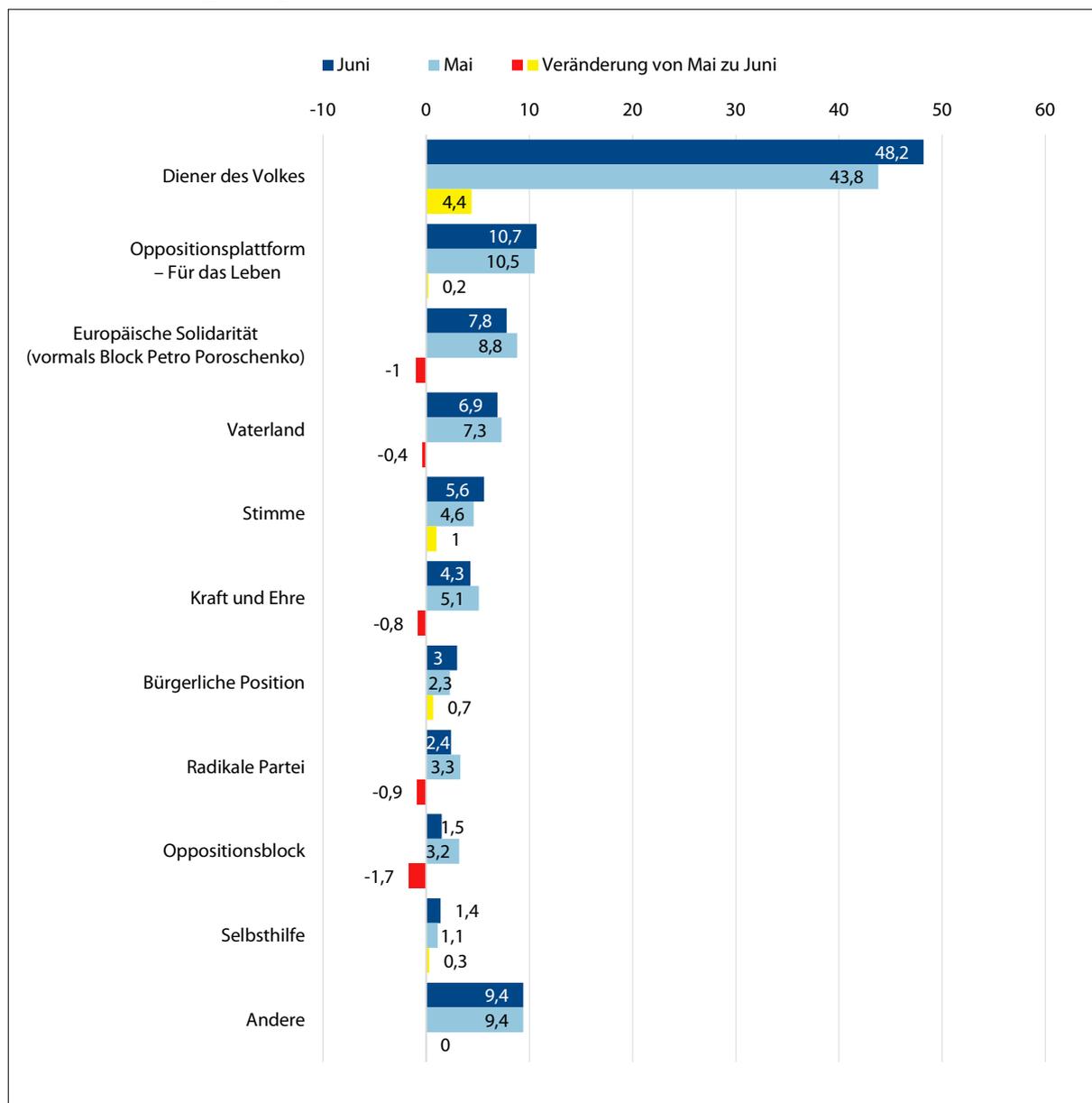
Insgesamt: 121 E-Services

Quelle: Ministerkabinett der Ukraine, <https://www.kmu.gov.ua/ua>

UMFRAGE

Sonntagsanfrage zu den Parlamentswahlen

Grafik 1: Sonntagsanfrage zu den Parlamentswahlen



Anmerkung: Personen, die angeben, nicht an den Wahlen teilnehmen zu wollen (7,4 Prozent der Befragten) oder nicht zu wissen, für wen sie stimmen (14,6 Prozent), sind nicht enthalten.

Quelle: Soziologische Gruppe Rating, 05.06.2019, http://ratinggroup.ua/research/ukraine/monitoring_elektoralnyh_nastroeniy_ukraincev_29_maya_3_iyunya_2019_goda.html

28. Mai – 10. Juni 2019

28.05.2019	Der ehemalige Finanzminister Oleksandr Danyljuk wird von Präsident Wolodymyr Selenskyj zum neuen Sekretär des Sicherheits- und Verteidigungsrates ernannt.
28.05.2019	Präsident Wolodymyr Selenskyj trifft in Kiew die Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die nächste Kredittranche soll nach den Parlamentswahlen ausgezahlt werden. Der IWF fordert, dass zuvor das kürzlich vom Verfassungsgericht gekippte Gesetz »Über illegale Bereicherung« verabschiedet werden müsse. Selenskyj kündigte an, in den kommenden Tagen eine entsprechende Gesetzesvorlage einzubringen.
28.05.2019	Präsident Wolodymyr Selenskyj hebt ein Dekret seines Vorgängers Petro Poroschenko von Juli 2017 auf und stellt die ukrainische Staatsbürgerschaft des georgischen Ex-Präsidenten Michail Saakaschwili wieder her. Saakaschwili war von Poroschenko in die Ukraine geholt worden, um die Korruption in der Stadt Odesa zu bekämpfen. Er überwarf sich jedoch mit Poroschenko, der Saakaschwili daraufhin die Staatsbürgerschaft entzog, weshalb dieser das Land verlassen musste. Am 29. Mai kehrt Saakaschwili unter dem Jubel seiner Anhänger in die Ukraine zurück. Laut eigener Aussage hegt er keine politischen Ambitionen, sondern will Selenskyj unterstützen.
29.05.2019	Bei einem Trainingsflug stürzt ein Militärhubschrauber in der Westukraine in der Nähe der Ortschaft Sestrjatin (Oblast Riwna) ab. Ursache soll ein Feuer an Bord des Hubschraubers gewesen sein. Alle vier Insassen kommen ums Leben.
29.05.2019	Die Werchowna Rada lehnt den Rücktritt von Premierminister Wolodymyr Hrojsman ab. Dieser hatte nach dem Amtsantritt von Wolodymyr Selenskyj sein Rücktrittsgesuch eingereicht und kam damit einer Aufforderung des neuen Präsidenten nach. Da das Parlament Hrojsmans Rücktrittsgesuch mit großer Mehrheit ablehnt, bleibt Hrojsman bis zu den vorgezogenen Parlamentswahlen am 21. Juli vorerst auf seinem Posten.
30.05.2019	Der Oberste Gerichtshof der Ukraine entscheidet, dass die Impfung für alle Kinder obligatorisch ist und nicht geimpfte Kinder nicht mehr in Kindergärten betreut werden dürfen. In jüngerer Zeit kam es immer wieder zu Ausbrüchen von Kinderkrankheiten, wogegen mit diesem Schritt präventiv entgegengewirkt werden soll.
30.05.2019	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj empfängt in Kiew die Außenminister Deutschlands und Frankreichs, Heiko Maas und Jean-Yves Le Drian. Im Mittelpunkt der Gespräche steht der militärische Konflikt im Donbas. Deutschland und Frankreich engagieren sich im Rahmen des »Normandie-Formats« für eine friedliche Lösung des Donbas-Konflikts.
31.05.2019	Auf einem Parteitag des »Blocks Petro Poroschenko« wird die Partei des ehemaligen Präsidenten Petro Poroschenko umbenannt in »Europäische Solidarität«.
03.06.2019	Laut einer neuen Umfrage des Social Monitoring Center und des Ukrainian Institute of Social Research würden, wenn jetzt Parlamentswahlen wären, vier Parteien in die Werchowna Rada einziehen: Demnach käme die Partei »Diener des Volkes« von Präsident Wolodymyr Selenskyj auf 40,9 Prozent der Stimmen. Mit großem Abstand folgen die pro-russische »Oppositionsplattform – Für das Leben« mit 11,1 Prozent, die Partei »Europäische Solidarität« von Petro Poroschenko mit 10,5 Prozent und die Partei »Vaterland« von Julija Tymoschenko mit 9,3 Prozent.
03.06.2019	Präsident Wolodymyr Selenskyj reicht einen Gesetzesvorschlag zu »Illegaler Bereicherung« im Parlament ein. Dieser entspricht inhaltlich dem im Februar 2019 vom Verfassungsgericht gekippten Paragraphen im Strafgesetzbuch. Die Wiedereinführung dieses Straftatbestands ist eine der zentralen Forderungen des Internationalen Währungsfonds, um der Ukraine weitere Kredite zu gewähren. Selenskyjs Gesetzesvorschlag sieht empfindliche Strafen für öffentliche Bedienstete vor, die ihre Vermögenswerte nicht erklären können. Dazu zählen ein Amtsverbot von bis zu drei Jahren, die Beschlagnahmung von Eigentum sowie Haftstrafen bis zu zehn Jahren.
03.06.2019	Ein fünfjähriger Junge aus dem Kiewer Umland erliegt trotz Operationen und mehreren Tagen im Koma seinen schweren Verletzungen am Kopf. Am 31. Mai soll ein betrunkenen Polizist dem Kind in den Kopf geschossen haben, als er mit einem Kollegen aus Spaß auf Container schoss, in deren Nähe der Junge spielte. Der Vorfall löste große Bestürzung und Proteste aus. Der Polizeichef der Region Kiew, Dmytro Zenow, tritt zurück. Innenminister Arsen Awakow, gegen den ebenfalls Rücktrittsforderungen laut werden, schließt seinen Rücktritt aus. Präsident Wolodymyr Selenskyj verspricht, die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen zu wollen.
04.06.2019	Die OSZE-Sonderbeobachtungsmission in der Ukraine (OSZE-SMM) teilt mit, in den vergangenen Tagen mehrfach Militärkonvois beobachtet zu haben, die von Russland in die sog. »Volksrepublik Luhansk« unterwegs waren. Russland streitet die Unterstützung der separatistischen »Volksrepubliken« ab. Die OSZE-SMM beobachtet hingegen regelmäßig inoffizielle Militärkonvois, die von Russland aus in die »Volksrepubliken« gelangen.

04.06.2019	Bei seiner ersten Auslandsreise, die den neuen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj vom 4. bis 5. Juni nach Brüssel führt, trifft er hochrangige Vertreter der EU und der NATO, darunter den Generalsekretär der NATO, Jens Stoltenberg, EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und EU-Ratspräsident Donald Tusk. In den Gesprächen bekräftigt Selenskyj das Ziel der NATO- und EU-Integration seines Landes und fordert mehr Druck auf Russland, um den militärischen Konflikt in der Ostukraine zu beenden.
05.06.2019	Einer neuen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Rating nach könnte die Partei »Diener des Volkes« fast die absolute Mehrheit bei den vorgezogenen Parlamentswahlen erreichen: 48,2 Prozent der entschlossenen Wähler würden demnach für Wolodymyr Selenskyjs »Diener des Volkes« stimmen. Weit dahinter folgen die pro-russische »Oppositionsplattform – für das Leben« mit 10,7 Prozent, Petro Poroschenkos »Europäische Solidarität« mit 7,8 Prozent, Julija Tymoschenkos »Vaterland« mit 6,9 Prozent und die neue Partei des Rockstars Swjatoslaw Wakartschuk »Stimme«, die es in dieser Umfrage erstmals über die Fünf-Prozent-Hürde schafft und mit 5,6 Prozent in die Werchowna Rada einziehen würde.
05.06.2019	Die Friedensgespräche der Trilateralen Kontaktgruppe (Ukraine, Russland und die OSZE) in Minsk finden erstmals mit Beteiligung des von Präsident Wolodymyr Selenskyj neu ernannten Chefunterhändlers statt, dem ehemaligen Präsidenten der Ukraine Leonid Kutschma. Kutschma, der bereits zwischen September 2015 und Oktober 2018 ukrainischer Vertreter der Trilateralen Kontaktgruppe war und nun von Selenskyj erneut für diesen Posten ernannt wurde, sprach von »konstruktiven« Gesprächen.
05.06.2019	Ein Gericht in der Oblast Dnipropetrowsk spricht fünf Männer des Mordes an der Antikorruptionsaktivistin Kateryna Handsjuk schuldig. Der Koordinator des Mordes, der 42-jährige Donbas-Veteran Serhij Torbin, erhält eine Gefängnisstrafe von sechs Jahren und sechs Monaten. Für die Ausführung des Anschlags heuerte Torbin vier weitere Veteranen an, gegen die Haftstrafen zwischen drei und sechs Jahren verhängt werden. Gegen den Ratsvorsitzenden der Oblast Cherson, Wladislaw Manger, den die Behörden als Auftraggeber vermuten, wird noch ermittelt. Olexij Lewin, ein ehemaliger Berater von Manger, gegen den ermittelt wird, weil er als Mittelsmann zu Torbin fungiert haben soll, soll sich ins Ausland abgesetzt haben.
06.06.2019	Die Werchowna Rada nimmt den von Präsident Selenskyj eingebrachten Gesetzesvorschlag zu »Illegaler Bereicherung« nicht auf die Tagesordnung auf und verhindert damit eine Abstimmung.
06.06.2019	Die pro-russische Partei »Oppositionsplattform – Für das Leben« gibt ihre Spitzenkandidaten für die vorgezogene Parlamentswahl am 21. Juli bekannt. Darunter sind mit Jurij Boiko, Wadym Rabinowytch und Wiktor Medwedschuk drei prominente Vertreter pro-russischer Positionen in der ukrainischen Politik.
06.06.2019	Das Verfassungsgericht erklärt die elektronischen Vermögensdeklarationen für Antikorruptionsaktivisten für verfassungswidrig. Die Entscheidung ist nicht anfechtbar. Im März 2017 verpflichtete die Werchowna Rada Aktivisten von Antikorruptions-NGOs zur Abgabe elektronischer Erklärungen, was national und international stark kritisiert wurde.
07.06.2019	Trotz der am 5. Juni auf dem Treffen der Trilateralen Kontaktgruppe in Minsk vereinbarten Waffenruhe kommt es seither immer wieder zu heftigen Gefechten an der Kontaktlinie. Dabei kamen in den vergangenen Tagen mindestens fünf ukrainische Soldaten ums Leben, zwölf wurden verletzt.
07.06.2019	Jurij Boiko und Wiktor Medwetschuk von der pro-russischen Partei »Oppositionsplattform – Für das Leben« treffen in Sankt Petersburg Alexej Miller, Chef des russischen Gaskonzerns Gazprom. Dabei stellt Miller der Ukraine Gaslieferungen für 25 Prozent unter Marktwert in Aussicht. Miller fordert außerdem bilaterale Gespräche zwischen Russland und der Ukraine ohne Einbeziehung der EU, um den russisch-ukrainischen Gastransitvertrag zu verlängern. In der Ukraine werden die Gespräche kritisiert. Auch bezieht die Ukraine seit November 2015 kein Gas mehr aus Russland.
07.06.2019	Fünf kleinere pro-russische Parteien schließen sich in einem Bündnis zusammen, um bei den Parlamentswahlen gemeinsam anzutreten. Dazu gehören der »Oppositionsblock«, der aktuell mit 38 Sitzen im Parlament vertreten ist, sowie die Partei »Wiedergeburt«, die 25 Sitze im Parlament hat. Auch »Naschi« (Die Unsrigen) des Medienunternehmers Jewgenij Murajew, die »Partei für Frieden und Entwicklung« sowie die neue Partei der Bürgermeister von Charkiw (Gennadij Kernes) und Odesa (Gennadij Truchanow), »Auf Taten vertrauen«, schließen sich dem Bündnis an.
08.06.2019	Die pro-europäische und sozialdemokratische Partei »Holos« (Stimme) des populären Rockstars Swjatoslaw Wakartschuk gibt ihre Spitzenkandidaten bekannt. Darunter sind Wakartschuk selbst, die Rektorin der renommierten Kyiv School of Economics, Julija Klymenko, die erfolgreiche IT-Unternehmerin Kira Rudik, und Jaroslaw Jurtschyschyn, der ehemalige Direktor von Transparency International – Ukraine.

09.06.2019	Die Partei von Ex-Präsident Petro Poroschenko, »Europäische Solidarität«, gibt ebenfalls ihre Spitzenkandidaten bekannt. Neben Poroschenko selbst gehören unter anderem der Sprecher der Werchowna Rada, Andrij Parubij, der ehemalige Anführer der Krimtataren, Mustafa Dschemilew, sowie Vize-Ministerpräsidentin Iwanna Klympusch-Zynzadse dem Spitzenpersonal für die Wahl an.
09.06.2019	Auch die Partei »Diener des Volkes« von Präsident Wolodymyr Selenskyj gibt ihre Spitzenkandidaten bekannt. Dazu zählen Dmytro Rasumkow, der wichtigste Berater des Präsidenten, der geschäftsführende Direktor der »I+I« Mediengruppe, Oleksandr Tkatschenko, und die Antikorruptionsaktivistin Anastasija Krasnosilka vom Anti-Corruption Action Center.
09.06.2019	Die drei nationalistischen Parteien »Swoboda«, »Nationaler Korps« und »Rechter Sektor« kündigen an, gemeinsam als Bündnis bei den vorgezogenen Parlamentswahlen antreten zu wollen. Auch der »Kongress Ukrainischer Nationalisten« und die »Organisation Ukrainischer Nationalisten« schließen sich laut Pressestelle der Partei »Swoboda« dem Bündnis an. Zu den Spitzenkandidaten zählen Oleh Tjahnybok und Ruslan Koschulynskij von »Swoboda«, Andrij Bilezkyj vom »Nationalen Korps« und Dmitry Jarosch von seiner Bewegung »DIJA«.
10.06.2019	Laut einer Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie zu den Parlamentswahlen käme die Partei »Diener des Volkes« aktuell auf 48,5 Prozent der Stimmen, die »Oppositionsplattform – für das Leben« auf 11,8 Prozent, »Europäische Solidarität« von Petro Poroschenko auf 8,1 Prozent, »Vaterland« auf 7,8 Prozent und »Stimme« auf 5,6 Prozent.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Dr. Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

